

Augenschein in einem zentralafrikanischen Staat mit viel Potenzial und vielen Problemen

Sambia: Vom Geldsegen hat das Volk wenig

Das Binnenland Sambia im südlichen Afrika erzielt seit einigen Jahren ein respektables wirtschaftliches Wachstum. Doch Armut ist weitverbreitet, die raren Arbeitsplätze sind gesucht.

Richard Gerster *

Sambia, unter britischer Kolonialherrschaft Nord-Rhodesien genannt, ist in der Schweiz weitgehend unbekannt, ein weisser Fleck auf der vielfarbigen Karte Afrikas. Als Binnenland im Herzen des südöstlichen Afrikas grenzt es an Tansania, Malawi, Mosambik, Simbabwe, Botswana, Namibia, Angola und den Kongo. 18 Mal so gross wie die Schweiz, zählt es offiziell über 11 Millionen Einwohner. Das war das Ergebnis einer Volkszählung im Jahr 2000. «Niemand glaubt das hier. Es dürften kaum mehr als 6 bis 7 Millionen sein», weiss Mwila Chikweke, eine unabhängige Ökonomin. Anders als in andern afrikanischen Ländern herrscht sogar in der Hauptstadt Lusaka ausser auf dem Markt kein Gedränge. Auch über Land kann man Hunderte von Kilometern fahren, ohne dass der Eindruck einer besiedelten Gegend auftaucht. Doch die Regierung hat ein Interesse an einer hohen Bevölkerungszahl: Ein grösserer Markt ist interessanter für ausländische Investoren, die Stimme des Landes hat politisch mehr Gewicht, das Durchschnittseinkommen ist niedriger und somit der Hilfebedarf grösser.

Rückgrat Rohstoffe

Seit 1999 hat Sambia ein beachtliches Wirtschaftswachstum von gegen 5 Prozent pro Jahr erzielt. Heute habe es Geld im Land, heisst es von verschiedenen Seiten. Aber auch die Lebenskosten sind rasant gestiegen. Das erfährt der Besucher schon bei der Einreise: Mit dem Geldwechsel von 250 Dollar ist man in der Lokalwährung Kwacha bereits Millionär. Die Inflation ist 2006 mit 8 Prozent seit 30 Jahren zum ersten Mal nur noch einstellig und somit besser unter Kontrolle als je. Doch die extreme Armut ging nur wenig von 73 auf 68 Prozent der Bevölkerung zurück.

Der Abbau von Rohstoffen ist zusammen mit der Landwirtschaft das Rückgrat der Volkswirtschaft. Nicht zufällig trägt eine ganze Region immer noch den Namen «Kupfergürtel». Der Zerfall der internationalen Rohstoffpreise und interne Misswirtschaft haben dem Land in den 1980/90er Jahren eine lange Krise beschert. Levy Mwanawaza, Präsident seit 2001, gilt persönlich als integre Person und versucht einen Neuanfang. Das ist alles andere als leicht, einerseits weil seine eigene Mannschaft zum Teil schillernde Figuren enthält, aber auch weil sich das internationale Umfeld gewandelt hat. Die Rohstoffpreise steigen seit der grossen Zusatznachfrage aus China und Indien massiv, so auch für Kupfer. Doch vom Geldsegen hat Sambia fast nichts. Die Minen sind auf Druck des Auslandes privatisiert worden. Dabei wurden die Verträge für Sambia dermassen ungünstig

ausgestaltet (extrem niedrige Lizenzgebühren, lange Steuerfreiheit), dass sogar der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank eine Neuaushandlung begrüßen.

Lebensader Landwirtschaft

Die Landwirtschaft ist nach wie vor die Lebensader der Armen, und diese hat nur wenig zum wachsenden Wohlstand beigetragen. Massive Subventionen stützen den Maisanbau, der monokulturähnlich auf 784 000 Hektaren gepflegt wird. Gemäss offizieller Agrarpolitik sollen die Maissubventionen abgebaut und die freiwerdenden Gelder in den Ausbau der ländlichen Infrastruktur gesteckt werden. Die kleine Schicht von mittelgrossen Bauern, der die Subventionen zugute kommen, hat eine wirksame Lobby, denn in Wirklichkeit sind die Subventionen noch aufgestockt worden. Für den Ausbau ländlicher Strassen oder des Kommunikationsnetzes bleibt kein Geld mehr übrig.

Arbeitsmöglichkeiten ausserhalb der Landwirtschaft und des Minenbaus, zum Beispiel im Tourismus, sind ebenso dünn gesät wie gesucht. Sambia hat grosses touristisches Potenzial durch seine gastfreundliche Bevölkerung, seine wild- und pflanzenreichen Naturparks und dank der weltberühmten Viktoria-Fälle (siehe Kasten).

Erlebnis Viktoria-Fälle

„Wenn Du die Viktoria-Fälle nicht gesehen hast, bist Du nicht in Zambia gewesen“, meinte ein einheimischer Kenner Zambias herausfordernd. Die Viktoriafälle zählen zum Weltnaturerbe. Sie sind vor gut 150 Jahren (15.11.1855) von David Livingston „entdeckt“ worden, oder wie vor Ort zutreffend vermerkt ist, „zum ersten mal von einem Weissen gesichtet worden“. Die Wassermassen donnern auf breiter Front in die Tiefe. Die Gischt schiebt sich zeitweilig wie ein Vorhang zwischen den Betrachter und die Fälle, gibt dann überraschend wieder den Blick auf das Naturschauspiel frei, und schon sind die Wasserfälle dem Betrachter wieder entzogen. Einige Momente später meldet sich die Sonne, und ein riesiger Regenbogen schimmert sogleich in den Wassertröpfchen. Der Betrachter bleibt nicht etwa aussen vor, sondern steht mittendrin im Geschehen. Zwar kann man eine Pelerine mieten, doch mit oder ohne wird man permanent abgespritzt und ist ohne Chance, auch nur schon die Phototasche trocken zu halten. Unweit der Fälle verbindet eine hohe Brücke Zambia mit Zimbabwe. Genau auf der Grenze, mitten über dem Zambezi-Fluss, finden die Wagemutigen ihr Eldorado. Mit einem Sprung von 111 Meter in die Tiefe ist man beim welthöchsten Bungee-Jumping mit dabei.

Über 100 Kinder pro Schulklasse

Peter Nyamfalila, ein Taxichauffeur, schickt seinen 12-jährigen Sohn in die öffentliche Schule, die 10-jährige Tochter in eine Privatschule. Die Viertklässlerin kann bereits besser lesen als der Sechstklässler. In seiner öffentlichen Schule hat es über 50 Kinder pro Klasse, an eine individuelle Förderung ist nicht zu denken. Vor

allem aber ist der Lehrer oft abwesend, weil er sein Mini-Gehalt aufbessern muss, um seine Familie durchzubringen - ein Primarlehrer verdient knapp fünf Franken pro Tag. So verbringt er seine Schulzeit damit, private Nachhilfestunden zu erteilen, oder geht anderen Geschäften nach. Jeder, der es sich leisten kann, schickt seine Kinder in den Privatunterricht. Peter Nyamfalila bezahlt für den elementaren Luxus einer privaten, dafür brauchbaren Grundschule über 40 Franken im Quartal. Ein stolzer Betrag, und für mehr als ein Kind reichen die Finanzen zurzeit nicht. 50 Kinder in einer Primarschulklasse sind nach lokalen Massstäben bereits hervorragend. Denn landesweit hat es 76 Schülerinnen und Schüler pro Klasse, in acht Distrikten sind es gar über 100 - im Durchschnitt, wohlverstanden. Fortschritte gibt es, wenn auch in kleinen Schritten. So lag die Klassengrösse ein Jahr zuvor noch bei 80 Kindern pro Lehrperson. Auch der Schulraum ist knapp. So gibt es an vielen Orten zwei Durchgänge von Schülern, eine Morgen- und eine Nachmittagsschicht. Die Staatsausgaben betragen rund 2,5 Milliarden Franken pro Jahr. Davon entfallen 16 Prozent auf das Bildungswesen, was rund 34 Franken pro Kopf und Jahr entspricht. Das reicht nirgendwo hin. Kein Wunder, haben private Schulen starken Zulauf.

Im Gesundheitswesen sieht die Lage allen Anstrengungen zum Trotz alles andere als rosig aus. Über 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung gelten als HIV-positiv. Die Müttersterblichkeit zählt mit 729 Todesfällen auf 100 000 Lebendgeburten zu den höchsten der Welt. Pro Kopf der Bevölkerung hat der Staat nur gerade 18 Franken zur Verfügung. Das schlägt sich in niedrigen Löhnen nieder: Eine Krankenschwester verdient etwa 280 Franken pro Monat - zu wenig, um eine Familie zu ernähren. Die Arbeitsbedingungen sind auch sonst schlecht, weil medizinische Instrumente und Medikamente an allen Ecken und Enden fehlen. So wandert medizinisches Personal aus, vor allem in die Nachbarländer, aber auch nach Grossbritannien.

Internationale Unterstützung

Seit einigen Jahren arbeitet eine Gruppe von Entwicklungshilfe-Gebern eng mit der Regierung Sambias zusammen. Rund 20 Prozent des staatlichen Budgets, 220 Millionen Franken, steuern die Weltbank, die Europäische Union, Grossbritannien, Deutschland und andere Geber 2007 bei. Damit soll der Staat in seinen Kernaufgaben Bildung, Gesundheit, Infrastruktur, Sicherheit, etc. gestärkt werden. Ein Katalog von 33 Indikatoren quer durch alle Tätigkeiten hindurch soll den Fortschritt der Reformen messen. Die Erfolgsbilanz ist gemischt. Namentlich bei der Führung der öffentlichen Finanzen, in der Infrastruktur und den Schulen hätte der Leistungsausweis der Regierung für das vergangene Jahr besser sein können. Das wird Kürzungen bei der künftigen Entwicklungszusammenarbeit zur Folge haben. Denn Auszahlungen setzen entsprechende Reform-Leistungen voraus.

* Der Autor ist seit Jahren in Nord-Süd-Fragen als Berater und Publizist tätig (www.gersterconsulting.ch). Kürzlich hat er Sambia im Auftrag des Bundes besucht.